



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

An die
lokalen Medien

23. Mai 2007

FDP will Umweltnormen zugunsten privater Unternehmer aufweichen

Presseerklärung

FDP/Bürgerliste unterstellen zum wiederholten Mal, dass die Ablehnung von Böden eines bei der FDP offensichtlich besonders beliebten Unternehmens durch Konzerninteressen der Stadt beeinflusst wird.

Dazu stellt Ingrid Reuter, umwelt- und planungspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fest: „Das ist der zweite Versuch von FDP/Bürgerliste innerhalb kurzer Zeit, die vorbildlichen Umweltstandards der Stadt in diesem Bereich aufzuweichen. Das wird es mit uns nicht geben. Schon Anfang dieses Jahres wurde die Verwendung von Recyclingmaterial im Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung aufgrund eines Antrages der FDP/Bürgerliste ausführlich diskutiert. Die Stellungnahmen der Verwaltung haben deutlich gemacht, dass der Dortmunder Umgang mit Recycling-Material nicht nur rechtskonform ist, sondern über eine spezielle „Einbauliste“ auch den privaten Investoren Sicherheit gibt, die Recycling-Material einbringen wollen. Es gibt im Übrigen nur eine einzige Maßnahme, die in Dortmund strenger als in anderen Kommunen gehandhabt wird. Dies betrifft die sogenannte Feststoffbeprobung, die sicherstellen soll, dass beim Recycling-Material keine problematische MVA-Schlacke untergemischt wird. Dieses Verfahren ist ausgesprochen sinnvoll und hat sich bewährt.“



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

Diese Auffassung vertritt auch Helmut Harnisch als planungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: „Frau Dr. Littmann macht mit ihren Einlassungen zugunsten eines Unternehmers deutlich, dass es ihr nicht um das Allgemeinwohl im Sinne des Schutzes natürlicher Ressourcen geht, sondern in erster Linie um die Vertretung privater Interessen. Die Stadt Dortmund agiert weder interessen-geleitet zugunsten der DOMIG, noch gäbe es einen Grund, das Recycling-Material eines Unternehmens abzulehnen, wenn die Einhaltung der vom Land und der Kommune vorgegebenen Gütekriterien für Recycling-Material sowie die erdbautechnische Eignung gewährleistet sind. Was den Einbau von Recycling-Material beim Kanalbau angeht, so darf dieses nicht verwendet werden, weil sich die Kanäle häufig im schutzwürdigen Grundwasserbereich befinden. Daran ändert sich auch nichts, wenn Frau Dr. Littmann mit einem interessierten Unternehmer dessen wie auch immer beschaffenes Recycling-Material der Öffentlichkeit präsentiert.“

SPD und GRÜNE sind sich einig, dass alle weiteren Vorstöße der FDP und Bürgerliste in dieser Angelegenheit mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden: „Wir sind sicher, dass auch die Dortmunder BürgerInnen keinerlei Verständnis dafür haben, wenn nicht alles Erdenkliche getan wird, um die lebensnotwendige Ressource Grundwasser für die Stadtbevölkerung nachhaltig zu schützen“, so Ingrid Reuter und Helmut Harnisch.